

Liebe Eltern,

als Interessenvertretung der Potsdamer Eltern und Kinder in Kindertagesbetreuung haben wir den Oberbürgermeister-KandidatInnen die Möglichkeit gegeben, sich mit Ihrem KiTa-Programm den Potsdamer Eltern als Wähler vorzustellen. Nachfolgend findet Ihr die Rückmeldungen der KandidatInnen. Wir danken den KandidatInnen für die Mühe. Dennis Hohloch als Kandidat der AfD hat nicht geantwortet.

Die übermittelten Antworten sind vielfältig und interessant. Die eine oder andere Positionierung lässt auch erkennen, dass die KandidatInnen sich noch etwas intensiver mit Detailproblemen der Potsdamer KiTa-Landschaft beschäftigen müssen, um für gute und tragfähige Lösungen zu sorgen. Wir haben uns dafür entschieden, die Ausführungen der KandidatInnen nicht zu bewerten oder inhaltlich zu kommentieren. Dies obliegt den WählerInnen selbst.

Unbestritten aber ist, dass die KiTa-Landschaft in Potsdam aktuell und auch zukünftig vor großen Herausforderungen steht. Fehlende Krippen-, Kindergarten- und Hort-Plätze, bauliche Provisorien, Erzieherstellen, die nicht besetzt werden können, falsch kalkulierte Elternbeiträge in der Vergangenheit sowie die aktuelle Empfehlung einer Elternbeitragsordnung, die auf rechtlich unsicheren Füßen steht – dies sind deutliche Zeichen dafür, dass ein „Weiter so!“ nicht funktioniert. Die neue Oberbürgermeisterin bzw. der neue Oberbürgermeister sollte das Thema Kindertagesbetreuung ganz oben auf seine Prioritätenliste setzen.

Zum Schluss noch eine Bitte an Euch: **Bitte geht wählen und nutzt Eure Stimme!** Dankeschön.

Viele Grüße

Euer Vorstand des KiTa-Elternbeirates Potsdam

Wahlprüfsteine des KiTa-Elternbeirates Potsdam zur Oberbürgermeisterwahl am 23.09.2018



1. Welche Ideen haben Sie, dem immer größeren Bedarf an wohnortnahen Kitaplätzen in unserer wachsenden Stadt kurzfristig zu begegnen?

Martina Trauth DIE LINKE	Mike Schubert SPD	Janny Armbruster GRÜNE/B 90	Lutz Boede aNDERE	Götz Friederich CDU
<p>Ich plädiere dafür, dass die Stadt zum zügigen Ausbau der Kapazitäten auch wieder selbst Verantwortung übernimmt und neben den freien Trägern auch wieder Kitas in kommunaler Trägerschaft entstehen. Außerdem wird der Ausbau der Infrastruktur (Kitas, Schulen etc.) künftig Priorität bei der Planung neuer Wohnquartiere bekommen - erst müssen die dafür benötigten Flächen gesichert sein - dann kann der Wohnungsbau folgen.</p>	<p>Durch die zügige Erweiterung bestehender und der Schaffung einiger neuer Kitas in Modulbauweise soll in den kommenden zwei Jahren wieder ein ausreichender Platzpuffer entstehen. Eltern sollen so das ganze Jahr über zu dem Zeitpunkt, ab dem der Rechtsanspruch gilt, einen Platz erhalten, der möglichst wohnortnah liegt. Insgesamt entstehen jedes Jahr ca. 1.000 neue Kita-Plätze, statt bisher 600 bis 800.</p>	<p>Ich denke, dass es darauf ankommt, die schon geplanten Investitionen zum Bau von Kindertagesstätten möglichst rasch umzusetzen und in der Zukunft alle Möglichkeiten auszuschöpfen, dort, wo neue Wohnungen entstehen, bereits mit den Wohnungen auch die benötigten KITA's fertigzustellen. Dort, wo das die Investitionskraft der Stadt übersteigt, müssen die Investoren auch zum Bau von KITA-Einrichtungen verpflichtet werden.</p>	<p>In der Bauleitplanung muss die Versorgung mit sozialer Infrastruktur einen höheren Stellenwert erhalten. Leider wird der Pkw-Stellplatzverordnung immer noch eine höhere Priorität eingeräumt als den KiTa-Plätzen. Das will ich verwaltungsintern ändern.</p> <p>Eine kurzfristige Entlastung kann evtl. auch durch zusätzliche Anreize für Tagespflegepersonen erreicht werden.</p>	<p>Ich veranlasse eine wohnquartiersbezogene Bedarfsfeststellung in allen Sozialräumen. Der folgt die Suche nach geeigneten Räumen zusammen mit den Eltern. Mit Trägern und Eltern werden dann Realisierungsmodelle entwickelt und zügig umgesetzt.</p>

Wahlprüfsteine des KiTa-Elternbeirates Potsdam zur Oberbürgermeisterwahl am 23.09.2018



2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die KiTa- und Schulplanung aufeinander abzustimmen, so dass in jedem Sozialraum neben ausreichend Kitaplätzen auch genug Schul- und Hortplätze zur Verfügung stehen?

Martina Trauth DIE LINKE	Mike Schubert SPD	Janny Armbruster GRÜNE/B 90	Lutz Boede aNDERE	Götz Friederich CDU
<p>Beides muss aus einer Hand geplant werden, das heißt in nur einem Bereich der Verwaltung, wobei auch die Stadtplanung und der KIS mit am Tisch sitzen - als Dienstleister, nicht als derjenige, der die Vorgaben macht. Perspektivisch gehören für mich die Bereiche Jugend und Bildung in einen gemeinsamen Geschäftsbereich, wie dies DIE LINKE schon seit langem fordert und wie es auch in vielen anderen Städten seit Jahren üblich ist.</p>	<p>Ich will den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie und den Fachbereich Bildung und Sport in einem Geschäftsbereich zusammenführen. So findet eine bessere und zeitigere Abstimmung der Bedarfe durch höhere Rückstellungen vor der Einschulung oder aber umgekehrt zusätzliche erste Klassen und damit Mehrbedarf im Hort statt. Daneben soll die Planung durch einen Koordinator u.a. mit dem Bereich Stadtentwicklung aufeinander abgestimmt werden. Integrierte Kita-, Schul-, Hortentwicklungsplanung ist hier das Stichwort. Kitas und Schulen müssen vor Ort schon fertig sein, wenn die ersten Familien in neue Wohngebiete einziehen.</p>	<p>Große. Es sollte kein Zweifel daran bestehen, dass die Planungen für den KITA- und den Schulbereich aufeinander abgeglichen werden. Sollte das tatsächlich wegen der unterschiedlichen Zuständigkeiten in der Verwaltung auf Hindernisse stoßen, gehörte das zu meinen ersten Aufgaben, solche Hindernisse zu beseitigen und fachbereichsübergreifendes Arbeiten zu fordern.</p>	<p>Natürlich müssen in allen Stadtteilen genug KiTa-, Schul- und Hortplätze geschaffen werden. Die abgestimmte Planung kann sich verbessern, wenn Jugendhilfe und Schule in der Zuständigkeit einer Beigeordneten zusammengefasst werden.</p> <p>Allerdings denke ich nicht, dass die KiTa-Plätze nur nach den Kinderzahlen in den einzelnen Planungsräumen betrachtet werden sollten. Eltern entscheiden bei der Wahl der KiTa ja nicht nur nach der Nähe zum Wohnort. Viele Eltern nehmen für die Aufnahme ihres Kindes in eine KiTa mit einem modernen pädagogischen Konzept auch etwas weitere Wege in Kauf. Für andere Eltern wäre ein KiTa-Platz, der zwar etwas weiter vom Wohnort entfernt aber auf dem täglichen Arbeitsweg liegt, praktischer als eine KiTa in der Nachbarschaft. Aus meiner Sicht kommt es in den nächsten Jahren darauf an, den Eltern wieder eine wirklich freie Auswahl bei der Wahl der KiTa zu ermöglichen. Dazu müssen Trägervielfalt und ein Überangebot an KiTa-Plätzen</p>	<p>Grundsätzlich müssen die Planungen eng miteinander verzahnt und ständig aufeinander abgestimmt werden. Der Einsatz moderner Methoden und Hilfsmittel ist dabei selbstverständlich. Neben den längerfristigen Entwicklungsplänen heißt das auch, die tatsächlichen Entwicklungszahlen in kurzen Abständen festzustellen und auszuwerten. Schul- und Hortplanung folgen dem Kitabedarf, sodass ich darauf aufbaue und im Sozialraum möglichst gleichmäßig verteilt versuchen werde, Grundschulen mit Horten zu realisieren. Weiterführende Schulen sollten stadtweit flächendeckend zur Verfügung stehen. Begleiten muss dies ein abgestimmtes Flächen- und Infrastrukturmanagement sowie eine enge Zusammenarbeit mit Schulen in freier Trägerschaft. Nicht vergessen werden darf dabei die gute Verkehrsanbindung der Objekte.</p>

Wahlprüfsteine des KiTa-Elternbeirates Potsdam zur Oberbürgermeisterwahl am 23.09.2018



Martina Trauth DIE LINKE	Mike Schubert SPD	Janny Armbruster GRÜNE/B 90	Lutz Boede aNDERE	Götz Friederich CDU
			erreicht werden. Erst dann ist es möglich, anhand der durch die Eltern getroffenen Platzwahl, die bestehenden Bedarfe zu erkennen und ggf. darauf zu reagieren.	

Wahlprüfsteine des KiTa-Elternbeirates Potsdam zur Oberbürgermeisterwahl am 23.09.2018



3. Wann wird es unter Ihrer Führung als neue/r Oberbürgermeister/in ein Online-KiTa-Portal geben und welche Funktionalitäten wird dieses Portal haben (z.B. Antrag Rechtsanspruch, Beantragung Kitaplatz, transparente Vergabe der Kitaplätze)?

Martina Trauth DIE LINKE	Mike Schubert SPD	Janny Armbruster GRÜNE/B 90	Lutz Boede aNDERE	Götz Friederich CDU
<p>Die Arbeiten am Kitaportal laufen ja bereits seit geraumer Zeit. Die von Ihnen beschriebenen Funktionen sollten aus meiner Sicht spätestens zum Kita-Jahr 2019/20 zur Verfügung stehen. Die Platzvergabe bleibt natürlich immer in der Hoheit des Trägers. Durch eine transparente Darstellung der Vergabe kann aber zumindest gewährleistet werden, dass keine Wartelistenplätze länger belegt werden als nötig. Zusätzlich würde ich mir wünschen, dass das Portal auch das inhaltliche Profil der Einrichtungen darstellt, damit sich Eltern transparent über die unterschiedlichen Angebote informieren können.</p>	<p>Im kommenden Jahr wird ein Online-Kita-Portal an den Start gehen. Unsere Kita-Träger wollen dieses Portal auch und unterstützen es. Darüber sollen Eltern ihre Wunschkitas auswählen können. Wird ein Betreuungsvertrag geschlossen, erhält das System die entsprechende Rückmeldung, so dass die übrigen Anmeldungen hinfällig werden. Durch das System soll es tagesaktuell einen Überblick geben, wie viele Eltern ab welchem Zeitpunkt in welchen Stadtgebieten einen Kita-Platz brauchen. Die Verwaltung erhält dadurch die Möglichkeit, bereits frühzeitig auf Veränderungen reagieren zu können. Eltern müssen sich nicht mehr täglich bei mehreren Kitas melden und die Träger haben ein transparentes Instrument zur Platzvergabe und wissen, welche Eltern noch einen Platz brauchen, da Doppelanmeldungen nicht mehr möglich sein sollen.</p>	<p>Die bereits begonnenen Bemühungen um ein Online-KITA-Portal müssen endlich zu einem Ergebnis geführt werden. Die Schwierigkeiten, die daraus resultieren, dass es so viele verschiedene KITA-Träger gibt, dürfen das nicht verhindern. Gegebenenfalls würde ich die Auftragsvergabe davon abhängig machen, dass sich die bewerbenden Träger an dem Portal beteiligen. Ein Online-KiTa-Portal sollte selbstverständlich möglichst alle Aufgaben bündeln und den Eltern, die einen KITA-Platz suchen, alle Leistungen vom Antrag auf Bestätigung des Rechtsanspruchs bis zum Vertragsabschluss anbieten.</p>	<p>Ich kann dazu leider keinen genauen Zeitpunkt zusagen. Bis heute kann ich nicht einmal wirklich nachvollziehen, aus welchen Gründen das Portal noch immer nicht nutzbar ist.</p> <p>Nach meinen Vorstellungen soll das Online-Portal den Eltern ermöglichen, den Antrag auf Feststellung des Rechtsanspruches über die Betreuungszeiten zu stellen und den KiTa-Platz zu beantragen. Natürlich soll die Warteliste bzw. die Zahl der Voranmeldungen für die einzelnen KiTas transparent sein.</p>	<p>Im Internet findet man bei anderen Städten viele gute Lösungen. Die lasse ich aufbauend auf den vorhandenen Überlegungen prüfen und auf unsere, mit den Eltern definierten, Bedürfnisse anpassen. Dabei werden lokale Entwickler einbezogen. Dieser Prozess wird nicht über Nacht durchzuführen sein, wenn ich ihn jedoch unmittelbar nach meiner Amtseinführung anstoße, kann man entsprechend der Fristen, die für die Ausschreibung und Realisierung vorgegeben und notwendig sind, mit einer Lösung in schnellst möglicher Zeit rechnen.</p>

Wahlprüfsteine des KiTa-Elternbeirates Potsdam zur Oberbürgermeisterwahl am 23.09.2018



4. Einen Kitaplatz zu haben ist wichtig. Viele Eltern haben konkrete Konzeptvorstellungen und wünschen sich einen guten Kitaplatz für ihr Kind. Welche Aktivitäten zur Verbesserung der Betreuungsqualität in den Potsdamer Einrichtungen planen Sie?

Martina Trauth DIE LINKE	Mike Schubert SPD	Janny Armbruster GRÜNE/B 90	Lutz Boede aNDERE	Götz Friederich CDU
<p>Die Voraussetzung für eine echte Wahlfreiheit der Eltern ist zunächst, dass ausreichend Plätze (inkl. eines angemessenen Puffers) zur Verfügung stehen. Darüber hinaus kann die Stadt mit der Schaffung der geeigneten Rahmenbedingungen (Gebäude, Grundstücke, Ausstattung) einen Beitrag zur Verbesserung der Betreuungsqualität leisten. Bei der Errichtung neuer Kitas werde ich darauf Wert legen, dass wir die hohe Vielfalt der angebotenen Konzepte weiter stärken und ausbauen. Gut ausgebildete Fachkräfte und ein angemessener Betreuungsschlüssel gehören natürlich auch dazu.</p>	<p>Ich will die Finanzierung der langen Betreuungszeiten unabhängig vom Land fortführen. 4,5 Millionen Euro jährlich als freiwillige Leistung sind ein wichtiges Zeichen, dass die Landeshauptstadt in die Bresche springt und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie absichert. In Potsdam gehen lange Öffnungszeiten in den Kitas so nicht auf Kosten der Qualität. Neben diesen finanziellen Mitteln soll auch die Schaffung des Platzpuffers dazu beitragen, dass Einrichtungen wieder ihre Konzepte in den Mittelpunkt stellen können, die gegebenenfalls eine geringere Kinderzahl in der Einrichtung erfordert, als es die Betriebserlaubnis ermöglichen würde. Ein wichtiger Punkt wird in Zukunft sein, wie wir als Stadt die sogenannten Kiezkitas flankierend unterstützen können. Diese Einrichtungen mit vielfältigen besonderen Bedarfen müssen gezielt in ihrer täglichen Arbeit unterstützt werden, damit Kinderarmut sich nicht vererbt und Chancengerechtigkeit Realität wird.</p>	<p>Hier gilt es zum einen, über die Auswahl der KITA-Träger und auch durch kommunale Kitas für Vielfalt und hohe Qualität zu sorgen. Zum anderen strebe ich an, dass trotz der Herausforderungen in der wachsenden Stadt mittelfristig alle Kitas einen Platzzahlpuffer von 5 bis 10 Prozent haben, sodass die Kitawahl auch zwischen unterscheidbaren Konzeptionen leichter möglich wird.</p> <p>Daneben und zunehmend wichtig scheint mir, die Forderungen an das Land auf Verbesserung des Betreuungsschlüssels und Beteiligung an den Kosten für erweiterte Betreuungszeiten konsequent und nachdrücklich zu vertreten.</p>	<p>Ich plädiere dafür, einzelne städtische KiTas zu schaffen, um die Verwaltung für die Probleme der KiTas zu sensibilisieren. Nur wenn die Stadt selbst KiTas betreibt, versteht sie deren Probleme in vollem Umfang. Die Fokussierung auf freie Träger hat sich in Potsdam als problematisch erwiesen, weil die Stadtverwaltung immer ferner vom KiTa-Alltag agiert wird.</p> <p>Bei der Verbesserung der Qualität geht es von Seiten der Verwaltung darum, die Beteiligten ernsthaft miteinander ins Gespräch zu bringen. Probleme bestehen konkret zwischen Eltern und KiTas, und das Diskutieren dieser Probleme bringt eine Kita mehr voran als formale Zertifizierungen.</p> <p>Einen wichtigen Beitrag zur Sicherung einer hohen Betreuungsqualität kann geleistet werden, wenn die Eltern wirklich eine freie Auswahlmöglichkeit haben. Dazu muss es endlich wieder</p>	<p>In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe aus Verwaltung und freien Trägern sollen die Qualitätsparameter für Kitas überarbeitet werden. Gewisse Mindeststandards „sollen dann für alle Kitas gelten, egal welcher Konzeption oder Konfession sie folgen“, heißt es in einer Antwort der Sozialverwaltung auf eine Anfrage von CDU-Fraktionschef Matthias Finken im Juni 2017. Ich lasse mir vortragen was daraus geworden ist und prüfen, wie wir von den Erkenntnissen und Vorschlägen des Instituts für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung (IFK e.V.) unserer Universität zum Thema Qualitätsmanagement profitieren können. Darüber hinaus lasse ich die Erfahrungen des im Jahre 2007 gegründeten brandenburgischen Netzwerks „Kommunales Netzwerk für Qualitätsmanagement in der Kinderbetreuung“ (KomNet-QuaKi), dem Potsdam noch nicht angehört, auswerten. Vom Land fordere ich, dass Qualitätsmanagement und Zertifizierung auch für die</p>

Wahlprüfsteine des KiTa-Elternbeirates Potsdam zur Oberbürgermeisterwahl am 23.09.2018



Martina Trauth DIE LINKE	Mike Schubert SPD	Janny Armbruster GRÜNE/B 90	Lutz Boede aNDERE	Götz Friederich CDU
			<p>Überkapazitäten in allen Stadtteilen geben.</p> <p>Als Oberbürgermeister würde ich mich gegenüber der Landesregierung zudem für eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den KiTas einsetzen.</p>	<p>Träger verbindlich festgelegt werden.</p>

5. Viele Kitaplätze können nicht vergeben werden, weil Erzieher fehlen. Was werden Sie konkret in Potsdam tun, um dem Fachkräftemangel im Erzieherberuf entgegenzutreten?

Martina Trauth DIE LINKE	Mike Schubert SPD	Janny Armbruster GRÜNE/B 90	Lutz Boede aNDERE	Götz Friederich CDU
<p>Das Problem des Erziehermangels ist kein Potsdam spezifisches. Bundesweit sind viel zu wenige Fachkräfte verfügbar. Im Rahmen des von mir vorgeschlagenen "Runden Tisches Kita" muss das ein Schwerpunktthema sein. Hier ist die enge Zusammenarbeit zwischen den Potsdamer Trägern, vorhandenen Ausbildungseinrichtungen (Hofbauer, AWO etc.) und der Stadt gefragt. Auch die kommunale Trägerschaft von Einrichtungen bietet hier Chancen, weil die Stadt dann selbst ausbilden kann. Zu überlegen ist, welche Anreize die Stadt ggf. schaffen kann, um junge Fachkräfte an Potsdam zu binden. Preiswerter Wohnraum wäre so ein Anreiz, neben guter Bezahlung und Wertschätzung des Berufes der Erzieher*innen. Hierbei gilt es aber zu beachten, dass der Fachkräftemangel andere Bereiche in ähnlicher Weise trifft.</p>	<p>Es braucht hier viele Maßnahmen. Durch die Finanzierung von langen Betreuungszeiten können wir dazu beitragen, dass der Arbeitsalltag in der Kita dem Anspruch als Bildungseinrichtung auch gerecht wird und Erzieherinnen und Erzieher die nötige Zeit dafür haben. Neben einem dadurch attraktiveren Arbeitsort gilt es auch die Möglichkeiten zu nutzen, neben examinierten Fachkräften auch Heilpädagoginnen und Heilpädagogen und andere geeignete Fachkräfte mit in die Einrichtungen zu holen. Im Rahmen der Prüfung kommunaler Kitas wird sich für die Landeshauptstadt auch ganz konkret selbst die Frage der Personalfindung stellen. In diesem Rahmen kann die Landeshauptstadt in jedem Fall durch Kooperationen zur Ausweitung der Ausbildungskapazitäten beitragen. Ich will mich ebenso für eine weitere Aufwertung des Erzieherberufs u.a. durch eine bessere Bezahlung einsetzen.</p>	<p>Es ist m.E. von großer Bedeutung, dass umgehend zusätzliches Fachpersonal ausgebildet wird. Weiterhin sollten die Wertschätzung für den Beruf und auch die Gehälter steigen, damit der Beruf der Erzieherin oder Erzieher attraktiver wird. Hier sind aber vor allem auch die Tarifparteien gefragt. Der ErzieherInnenberuf ist im Deutschen Qualifikationsrahmen auf Niveaustufe 6 angesiedelt. Ich werde mich, wo ich kann, für mehr Anerkennung des Berufs – auch gehaltsmäßig - einsetzen. Hier sind jedoch vielmehr Bund und Land in der Verantwortung. Ich unterstütze auch, soweit es das Amt zulässt, Verdi in dem Kampf um günstigere Gehälter. Formal werde ich jedoch auf der anderen Seite der kommunalen Arbeitgeber sitzen, jedoch offen für die Forderungen der Gewerkschaften sein.</p>	<p>Hier sehe ich natürlich vor allem Land und Bund in der Pflicht, Maßnahmen zu ergreifen, um die sozialen Berufe attraktiver zu machen und mehr Erzieher*innen auszubilden. Der akute Mangel an Erziehern braucht eine langfristige Planung.</p> <p>Wenn die Stadt wieder eigene Kitas betreibt, soll sie natürlich attraktive Arbeits- und Ausbildungsbedingungen schaffen und damit einen Beitrag zur Linderung des Fachkräftemangels schaffen.</p> <p>Aber die Stadt kann auch durch die Schaffung bezahlbarer Wohnungen dazu beitragen, dass mehr Fachkräfte nach Potsdam kommen.</p>	<p>Die Möglichkeiten für den Oberbürgermeister sind zwar begrenzt, ich werde jedoch das Land auffordern, alle Möglichkeiten zu nutzen, die Ausbildung zu beschleunigen, die Attraktivität des Berufes zu steigern und zeitlich begrenzt Ausnahmeregelungen zuzulassen, bis genügend ausgebildete Erzieher zur Verfügung stehen. Städtische Kitas bieten den Erziehern die Vorteile des öffentlichen Dienstes, das müssen wir genau prüfen. Ich denke auch an eine Kampagne zusammen mit der Arbeitsagentur, den Trägern und den Ausbildungseinrichtungen.</p>

Wahlprüfsteine des KiTa-Elternbeirates Potsdam zur Oberbürgermeisterwahl am 23.09.2018



6. Sollte es keine Landeslösung für die Finanzierung der langen Betreuungszeiten in 2019 geben, werden Sie als zukünftige/r Oberbürgermeister/in die freiwilligen Zahlungen der Stadt Potsdam für das Personal fortsetzen?

Martina Trauth DIE LINKE	Mike Schubert SPD	Janny Armbruster GRÜNE/B 90	Lutz Boede aNDERE	Götz Friederich CDU
Die Stadtverordneten haben in dieser Frage eine Richtungsentscheidung getroffen. Aus meiner Sicht ist diese nicht umkehrbar. Eine Rücknahme dieser Entscheidung würde die Betreuungsqualität wieder verschlechtern. Das steht für mich nicht zur Debatte.	Wie bereits mehrfach in den Fragen erwähnt: Ja, ich werde das dann im Doppelhaushalt 2020/21 berücksichtigen und den Stadtverordneten entsprechend vorlegen.	Ja, denn es geht nicht, die betroffenen Eltern hinzuhalten. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Stadt würde ich die bereits gewährte Unterstützung fortführen. Aber ich werde auch die Auseinandersetzung mit dem Land weiterführen.	Das kann ich nicht versprechen, weil über den Haushalt ja die Stadtverordnetenversammlung entscheidet und nicht der Oberbürgermeister. Ich würde auf jeden Fall eine schnelle rechtliche Klärung zur Frage anstreben, ob das Land für die Finanzierung der langen Betreuungszeiten aufkommen muss.	Ja. Die dritte Betreuungsstufe wurde von der CDU Brandenburg gefordert, von Rot-Rot jedoch vehement abgelehnt. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die CDU-Fraktion im Landtag dieses Ziel konsequent weiterverfolgt.

7. Wie werden Sie die Betreuung von Kindern mit besonderem Förderbedarf oder Migrationshintergrund unterstützen?

Martina Trauth DIE LINKE	Mike Schubert SPD	Janny Armbruster GRÜNE/B 90	Lutz Boede aNDERE	Götz Friederich CDU
<p>Potsdam hat bereits eine besondere Förderung für diese Kinder aufgelegt. Diese gilt es, in Zusammenarbeit mit den Einrichtungen zu evaluieren und ggf. nachzusteuern. Auf jeden Fall muss die Antragstellung auf besonderen Förderbedarf entbürokratisiert werden und: die Hilfen müssen aus einer Hand kommen. Vor allem wichtig ist aber, dass wir genügend Fachpersonal mit entsprechenden Kompetenzen in die Einrichtungen bringen. Gemeinsam mit den Trägern könnte die Stadt entsprechende Fortbildungsangebote auf den Weg bringen.</p>	<p>Nicht zuletzt die Anmeldungen für zusätzliche Mittel im Rahmen des „Kiezkita-Programmes“ haben gezeigt, dass es einige Einrichtungen gibt, in denen sehr viele Kinder mit besonderen Förderbedarfen sind. Wir müssen gemeinsam noch mehr tun, um die Fachkräfte in diesen Einrichtungen besser zu unterstützen. Neben der Fortführung der Finanzierung für die Eingangszeit von Kindern mit Fluchthintergrund braucht es ähnliche Ansätze für die vielfältigen Problemlagen aller Kinder, bei denen ein besonderer Förderbedarf vorliegt. Das kann nicht am Eingang der Kita beginnen oder enden, sondern muss die gesamte Lebenswelt des Kindes in den Blick nehmen. Frühförderstellen und Eltern-Kind-Zentren sind hier wichtige Partner.</p>	<p>Auch hier gilt es, die Träger finanziell besser auszustatten, um den für die Betreuung von Kindern mit besonderem Förderbedarf – gleichgültig, woraus dieser resultiert – erhöhten Aufwand bestreiten zu können, vor allem mit mehr und qualifizierterem Personal. Zurzeit unterstützt das Land ein Jahr lang das geflüchtete Kind in einer Kita mit 150 Euro. Ich werde mich für eine Flexibilisierung einsetzen, sodass bei Bedarf die Förderung mindestens um ein halbes Jahr verlängert wird.</p>	<p>Ich setze mich für Inklusion und Integration ein. Die Einrichtung von Eltern-Kind-Gruppen in Gemeinschaftsunterkünften lehne ich kategorisch ab. Alle Kinder sollen die Möglichkeit haben, reguläre KiTas zu besuchen. Die KiTa-Träger sollen für den Mehraufwand mit einer Pauschale unterstützt werden.</p>	<p>Ich werde darauf hinwirken, dass sich die Erfahrungen und Erkenntnisse der Träger und der einschlägigen Forschungsinstitute in den Konzepten unserer Kitas wiederfinden. In – sofern vorhanden - Kommunalen Kitas werden wir daran arbeiten und diese Konzepte den konkreten Bedürfnissen anpassen. Die vertraglichen Möglichkeiten lasse ich prüfen und falls möglich anpassen. Die Ausbildung, Weiterbildung und -qualifikation spielen auch eine wichtige Rolle. Sofort umsetzen kann man die Mischung der Gruppen. Kinder mit Migrationshintergrund müssen zusammen mit den Kindern ohne zusammengebracht werden. Denn hier wird bereits der Grundstein für eine erfolgreiche Integration gelegt.</p>

Wahlprüfsteine des KiTa-Elternbeirates Potsdam zur Oberbürgermeisterwahl am 23.09.2018



8. Das Ringen um eine Lösung zur Rückerstattung der nachweislich überhöhten Elternbeiträge dauert nun schon viele Monate. Unterstützen Sie die Variante 5.1 des örtlichen Elternbeirates? Wenn nein, warum nicht?

Martina Trauth DIE LINKE	Mike Schubert SPD	Janny Armbruster GRÜNE/B 90	Lutz Boede aNDERE	Götz Friederich CDU
<p>Ja - mit Abwandlungen. Bereits vor der Sommerpause habe ich mich klar für eine Rückzahlung der Beiträge auf Basis der neu ermittelten Platzkosten entlang der bisherigen Beitragsstaffel ausgesprochen. Selbstverständlich muss hierbei auch das Verwaltungsgerichts-Urteil zur Auslegung der Geschwisterregelung berücksichtigt werden. Die noch nicht ausgeurteilte Frage der Essensbeiträge sollte als strittig ausgewiesen werden, um den Gesamtprozess nicht weiter zu verzögern.</p>	<p>Bei den jetzt angeforderten Varianten spreche ich mich für die Variante 5.1 a) aus. Diese Variante sieht die Rückerstattung der zu viel erhobenen Personalkosten entsprechend der Beitragsstaffelung bis zu einem Bruttoeinkommen von 149.000 Euro vor. Alle Eltern, die Beiträge gezahlt haben, bekommen so die auf ihren Beitrag anteilig zu viel gezahlten Personalkosten zurück. Basis ist hier jedoch eine Indizierung der Kostensätze bis 2015 und nicht der Rückgriff auf die Daten aus 2010. Die darüber hinaus vom Elternbeirat kritisierten Punkte in Bezug auf die Kosten für die Verpflegung (Mittagessen) und der Ermäßigung für Geschwisterkinder sind in dieser Variante nicht enthalten, da es zwischen Landeshauptstadt Potsdam und dem Elternbeirat eine unterschiedliche Rechtsauffassung gibt und keine eindeutige Klärung durch das Bildungsministerium als Aufsicht besteht. Die Kosten der Verpflegung wurden so</p>	<p>Der Jugendhilfeausschuss hat die Prüfung von 5.1 mit Erweiterungen in eine Art Kommission verwiesen. Das unterstützen SPD, CDU und Linke. Auch wir Grünen werden dem Votum voraussichtlich folgen, obwohl wir die Variante 4.1. als sozial gerechter einstufen.</p>	<p>Die Variante des KiTa-Elternbeirates beinhaltet die Änderung der Beitragsstaffelung hin zu einer linearen Steigerung für die Berechnung der Rückzahlung. Obwohl wir diese Änderung politisch unterstützen, möchten wir sie nicht für die Rückzahlung anwenden. Alle Eltern sollen genau das zurückerhalten, was sie zu viel gezahlt haben. Das ist nur möglich, wenn die Berechnungsprämissen nicht rückwirkend geändert werden.</p>	<p>Es ist sehr bedauerlich, dass der Sozialbeigeordnete seit Herbst 2017 nicht in der Lage war, ein Konfliktmanagement zu etablieren, mit dem das Problem schön längst hätte erledigt werden können. Aktuell liegen zwar Varianten vor, es fehlen jedoch immer noch Informationen und Berechnungen. Die Variante 4.2 würde ich mir z.B. gerne näher anschauen. Bei der Mittagessen- und bei der Mehrkinderbonusfrage fehlen Antworten und klare Aussagen der Verwaltung; die für den 28.8. angekündigten Informationen stehen aus. Antworten an die Eltern, die auch mich interessieren, lassen auf sich warten. Die Stellungnahme der Träger haben wir erst auf Nachfrage Ende letzter Woche erhalten. Darüber hinaus könnten die noch fehlenden Betriebskostenabschlüsse eine wichtige Rolle spielen. Für mich zeichnet sich ab, dass die Rückzahlungssumme bei etwa 15 Mio. liegen wird. Auf jeden Fall erschwert die stückweise Vorlage der Fakten den Überblick und sie macht eine</p>

Dennis Hohloch, Kandidat der AfD, hat nicht auf die Fragen des KiTa-Elternbeirates geantwortet.

Wahlprüfsteine des KiTa-Elternbeirates Potsdam zur Oberbürgermeisterwahl am 23.09.2018



Martina Trauth DIE LINKE	Mike Schubert SPD	Janny Armbruster GRÜNE/B 90	Lutz Boede aNDERE	Götz Friederich CDU
	<p>beispielsweise im Urteil des Oberverwaltungsgerichts zur Kita-Beitragssatzung der Gemeinde Schönefeld nicht beanstandet. Bei der Geschwisterregelung geht es um die Frage, ob die Formulierung in der damals zu Unrecht erlassenen „Satzung“ im Streitfall auch eine andere Auslegung zulässt und ob in diesem Fall allein das maßgeblich ist. Eine Arbeitsgruppe des Jugendhilfeausschusses wird jetzt einen endgültigen Vorschlag vorlegen und ich hoffe, dass wir auch in den letzten offenen Fragen gemeinsame Lösung finden.</p>			<p>richtige Bewertung schwierig, wenn nicht sogar kaum möglich.</p>



9. Welche der vorgelegten Varianten zur Rückerstattung der Elternbeiträge für den Zeitraum 2016-2018 unterstützt Ihre Fraktion und warum?

Martina Trauth DIE LINKE	Mike Schubert SPD	Janny Armbruster GRÜNE/B 90	Lutz Boede aNDERE	Götz Friederich CDU
Siehe Antwort zu Frage 8.	Als Oberbürgermeisterkandidat trete ich an, Oberbürgermeister der Potsdamerinnen und Potsdamer zu werden und nicht Oberbürgermeister einer bestimmten Fraktion. Am Ende braucht der Oberbürgermeister für seinen Vorschlag eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung. Da reicht nicht eine Fraktion, sondern es braucht einen breiten Konsens. Nach meinem Kenntnisstand haben sich alle Fraktionen für eine Rückzahlung dessen ausgesprochen, was zu Unrecht zu viel gezahlt wurde. In diesem Sinne verstehe ich auch die Aussagen der unterschiedlichen Fraktionen, die die Variante 5.1 a) nach dem jetzigen Stand als Favorit sehen.	Siehe Antwort zu Frage 8.	DIE aNDERE hat bereits im Juni 2018 einen Antrag in die SVV eingebracht, der ein klares Verfahren zur Rückzahlung vorschlägt: Die unstrittig zu viel gezahlten Beträge (Personal nach 16 (2) KitaG, doppelt gezahlte Essengelder) werden restlos zurückgezahlt. Dazu werden die Beitragssätze ermittelt, die nach den damals angewandten Berechnungsmethoden, Datengrundlagen und Beitragsstufen erhoben worden wären, wenn die o.g. Kosten nicht rechtswidrig auf die Eltern umgelegt worden wären. Mit der so ermittelten Beitragstabelle kann dann einfach ermittelt werden, wie hoch im Einzelfall die Rückzahlung ausfällt (Differenz zur Beitragstabelle mit rechtswidrig umgelegten Kosten). Da der KiTa-Elternbeirat diese Berechnung bereits vorgenommen hat (vielen Dank dafür!), wäre die Rückerstattung nach unserem Vorschlag schnell abzuwickeln. Im Einzelfall muss natürlich noch der Geschwisterbonus erstattet werden.	Die unter 8. beschriebene Position ist das momentan aktuelle Beratungsergebnis meiner Fraktion. Wir würden es begrüßen, wenn ein zweistufiges Verfahren zur Findung einer Lösung eingeführt wird. Das jetzige Vorgehen halte ich für nicht gelungen. Es ist zu wenig strukturiert und nicht stringent geführt. Das von unserer Fraktion vorgeschlagene zweistufige Verfahren würde für mehr Klarheit sorgen.



10. Wann werden Sie für das Jahr 2015 eine tragfähige Lösung zur Rückerstattung vorlegen?

Martina Trauth DIE LINKE	Mike Schubert SPD	Janny Armbruster GRÜNE/B 90	Lutz Boede aNDERE	Götz Friederich CDU
<p>Ich habe mich klar dafür ausgesprochen, die für die Jahre 2016 - 2018 gefundene Regelung auch für das Jahr 2015 analog zur Anwendung zu bringen. Hier ergeben sich aufgrund der anderen Beitragstabelle andere Rückzahlungssätze, das Prinzip aber ist gleichermaßen anwendbar. Dies kann gemeinsam mit einem Beschluss für die Jahre 2016-18 geregelt werden. Sollte dies bis zu meinem möglichen Amtsantritt nicht erfolgt sein, werde ich dies unverzüglich auf den Weg bringen.</p>	<p>Im Anschluss an den Beschluss zur Umsetzung der Regelung für die Jahre 2016-2018, wird die abschließende Prüfung für das Jahr 2015 vorgenommen. Bis dahin hat die Landeshauptstadt erklärt auf die Einrede zur Verjährung zu verzichten.</p>	<p>Ich gehe davon aus, dass die Lösung für das Jahr 2015 unmittelbar nach einer Entscheidung für die Jahre 2016 bis 2018 getroffen werden kann.</p>	<p>Der Vorschlag der Fraktion DIE aNDERE ist auch auf das Jahr 2015 anwendbar.</p>	<p>Diese Thematik wird von der Verwaltung weitgehend ausgeblendet, sodass mir dazu noch mehr Informationen fehlen als zu der Rückzahlung 2016-2018. Wenn der Sozialbeigeordnete sich darauf, dass er keinen Auftrag von der SVV hat, 2015 in die Varianten einzubeziehen, verstößt er gegen die Informationspflicht; denn er hat die Stadtverordnete von sich aus über alle wichtigen Fakten zu unterrichten. Ich werde deshalb zunächst sicherstellen, dass die Ansprüche nicht verjähren und den Stadtverordneten die zur Entscheidung notwendigen Informationen vorgelegt werden, damit der Entscheidungsprozess endlich in Gang kommen kann. Ich halte es für richtig, die Rückzahlung insgesamt zu betrachten und zu lösen.</p>



11. Wird es unter Ihrer Führung eine Aufarbeitung der begangenen Fehler bezüglich der Kalkulation der Elternbeiträge in der Verwaltung geben?

Martina Trauth DIE LINKE	Mike Schubert SPD	Janny Armbruster GRÜNE/B 90	Lutz Boede aNDERE	Götz Friederich CDU
<p>Selbstverständlich ist eine Aufarbeitung der Vorgänge notwendig - nicht, um Schuldzuweisungen vorzunehmen, sondern um die Fehler in den Prozessen zu erkennen und künftig auszuschließen. Verwaltung muss so organisiert sein, dass ein rechtskonformes Handeln jederzeit gesichert ist.</p>	<p>Ja. Durch die aktuell durchgeführten Verfahren und die Prüfung von kommunalen Kitas ist sichergestellt, dass sich so etwas nicht wiederholt. Nach der erfolgten Rückzahlung wird aufgearbeitet, wie es überhaupt dazu kommen konnte. Das war zugesagt und dazu stehe ich weiter.</p>	<p>Selbstverständlich. Allerdings geht es mir dabei zuallererst um die Aufdeckung der Gründe für die fehlerhafte Kalkulation und die mangelhafte Kommunikation zwischen Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung. Mir ist bewusst, dass die politische Hauptverantwortung bei der damaligen Beigeordneten liegt, die nicht mehr persönlich verantwortlich gemacht werden kann. Bei der Einführung der Elternbeitragsordnung war es politischer Wille der SPD, Der Linken und der Anderen, dem Kämmerer folgend, die Besserverdiener mehr zu belasten und die unteren Einkommen zu entlasten. Zumindest unser Vertreter im Jugendhilfeausschuss hat sich diesen Robin Hood-Prinzip nicht angeschlossen. Die Tragweite der Fehlkalkulation war aber auch für uns nicht erkennbar.</p>	<p>Ich werde im Fall meiner Wahl verwaltungsintern untersuchen, wer für die fehlerhafte Kalkulation verantwortlich ist und wer für die Umlage nicht umlagefähiger Kosten auf die Eltern verantwortlich ist. Falls sich Anhaltspunkte für strafbares Verhalten ergeben, werde ich ihnen konsequent nachgehen.</p> <p>Ich werde ebenfalls verwaltungsintern prüfen, wie der Prozess zur Kalkulation und wie die rechtliche Prüfung lief. Offenkundig gibt es hier Schwächen, die angegangen werden müssen. Fehlerhafte Prozesse in den verwaltungsinternen Abläufen müssen identifiziert und Lösungsansätze erarbeitet werden, damit künftig keine rechtlich falschen Satzungen aufgestellt werden. Die Stadtverordnetenversammlung ist darauf angewiesen, Entscheidungsvorlagen zur Abstimmung zu erhalten, die rechtlich belastbar sind.</p>	<p>In der Vergangenheit hat die Verwaltung im stillen Kämmerlein kalkuliert und gerechnet und den Stadtverordneten nur die fertigen Ergebnisse vorgelegt. Das entspricht nicht den rechtlichen Vorgaben; denn die Stadtverordneten müssen die Eckpunkte der Elternbeitragsordnung festlegen und ihren Ermessensspielraum aktiv ausüben und dies auch nachweisen. Dazu muss die Verwaltung alle Zahlen, Rechenwege und Kalkulationsgrundlagen so rechtzeitig, verständlich und transparent vorlegen, dass die ehrenamtlichen Stadtverordneten auch eine qualifizierte Entscheidung treffen können. Die Einbeziehung der Träger und Eltern halte ich dabei für selbstverständlich. Danach wird erst gerechnet. Als Oberbürgermeister würde ich eine Art Untersuchungsausschuss ins Leben rufen, der die bisherige Praxis prüft, bewertet und Empfehlungen für die Zukunft formuliert. Die Evaluierung der Beiträge alle 2 Jahre ist für mich obligatorisch</p>

Wahlprüfsteine des KiTa-Elternbeirates Potsdam zur Oberbürgermeisterwahl am 23.09.2018



12. Denken Sie, dass der Bereich Kindertagesbetreuung im Jugendamt personell gut genug aufgestellt ist, um den wachsenden Herausforderungen rund um die KiTas in Potsdam gerecht zu werden? Was würden Sie ggf. verändern?

Martina Trauth DIE LINKE	Mike Schubert SPD	Janny Armbruster GRÜNE/B 90	Lutz Boede aNDERE	Götz Friederich CDU
<p>Unstrittig ist, dass mit einer wachsenden Kitalandschaft auch die Aufgaben wachsen. Da ich anstrebe, auch wieder Kitas in kommunaler Trägerschaft zu führen, kommen erhebliche zusätzliche Aufgaben auf diese Struktur zu. Wie diese am besten bewältigt werden können, werde ich als Oberbürgermeisterin gemeinsam mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen erarbeiten.</p>	<p>Die Landeshauptstadt wächst und so müssen auch die Bereiche in der Verwaltung schnell zusätzliches Personal erhalten, die besonders mit dem Wachstum der Stadt in Berührung stehen. Für das Jugendamt trifft das unzweifelhaft zu. Neben der Neuorganisation der Geschäftsbereiche (Zusammenlegung Fachbereiche Bildung/Sport und Kinder/Jugend/Familie in einen Geschäftsbereich) ist bereits eine externe Organisationsuntersuchung angeschoben, um genau festzustellen, an welchen Stellen das Jugendamt personell verstärkt werden muss und welche Abläufe verschlankt werden können.</p>	<p>Es ist derzeit ohnehin eine Evaluation des Jugendamtes vorgesehen. Ich werde mich, wie oben schon kurz erwähnt, für kommunale Kitas einsetzen. Einerseits gibt es der Stadt das Satzungsrecht zurück, andererseits haben wir dann Referenzkitas, die einen besseren Vergleich mit den Kitas der freien Träger ermöglichen. Dafür wird auch mehr Personal nötig sein.</p>	<p>Der hohe Krankenstand deutet darauf hin, dass die Beschäftigten mit der jetzigen Situation überlastet sind. Ich halte eine tiefgehende Organisationsuntersuchung für angebracht, um zu untersuchen, wie Arbeitsprozesse optimiert werden können und ob zusätzliches Personal eingestellt werden muss.</p>	<p>Ich werde mir als Oberbürgermeister vom Sozialbeigeordneten die Situation im Detail darlegen und erklären lassen und fragen, welche Maßnahmen er zur Weiterentwicklung in letzter Zeit ergriffen hat. Wichtig sind auch die Erfahrungen der Nutzer, die erfragt werden müssen. Gemeinsam mit den Mitarbeitern werde ich die Aufbau- und Ablauforganisation analysieren und mittels moderner Verfahren und Technik optimieren lassen. Ein Vergleich und Erfahrungsaustausch mit vergleichbaren Städten wird uns hier weiterhelfen.</p>

Wahlprüfsteine des KiTa-Elternbeirates Potsdam zur Oberbürgermeisterwahl am 23.09.2018



13. Wo sehen Sie als Oberbürgermeisterkandidat/in noch Potenzial, die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Potsdamer KiTa-Eltern im Rahmen des KiTa-Elternbeirates zu unterstützen?

Martina Trauth DIE LINKE	Mike Schubert SPD	Janny Armbruster GRÜNE/B 90	Lutz Boede aNDERE	Götz Friederich CDU
<p>Der Elternbeirat ist für mich ein wesentlicher Akteur beim "Runden Tisch Kita", den ich als Gremium für dieses Arbeitsfeld installieren möchte. Darüber hinaus werde ich künftige Entscheidungen in diesem Bereich schon im Entstehungs- und Erarbeitungsprozess transparent mit allen Akteuren - Eltern, Trägern, Verwaltung und Politik gestalten, um ein Miteinander auf Augenhöhe von Anbeginn an zu ermöglichen und Vertrauen wiederherzustellen.</p>	<p>Der KITA-Elternbeirat hat die gesetzlich vorgesehene beratende Stimme im Jugendhilfeausschuss, in den er seine Expertise mit viel Engagement einbringt. Das unterstütze ich sehr. Gerade nach den Erfahrungen der letzten Jahre kann ich mir gut vorstellen, als Oberbürgermeister aktiv für die Mitarbeit von Eltern im Kita-Elternbeirat zu werben. Auch ein Hinweis oder eine Seite im Kitaportal an prominenter Stelle, auf der die Arbeit des Beirats und das ehrenamtliche Engagement der Eltern vorgestellt wird, kann ich mir vorstellen.</p>	<p>Ich habe den Eindruck, dass es dazu hinreichende institutionalisierte Möglichkeiten gibt. Wichtiger scheint mir deshalb, die Kultur des Umgangs zu verbessern. Damit meine ich nicht, dass ich mir alle Vorschläge und Anregungen des KITA-Elternbeirats zu eigen machen würde, aber ich verspreche, dass ich sie mit großem Respekt ernsthaft prüfen und mit den Betroffenen erörtern würde, so dass am Ende eine Regelung stünde, die möglicherweise nicht alle Wünschen gerecht werden kann, die aber alle Beteiligten akzeptieren könnten.</p>	<p>Da die KiTa-Beiträge nach der empfohlenen Beitragstabelle einheitlich erhoben werden sollen, ist es folgerichtig, dass die Einrichtungsstandards ebenfalls vereinheitlicht werden. Als OB werde ich die jeweils angestrebten Standards überprüfen lassen und den Vergleich mit dem Ist-Zustand durchführen. Bei dieser Aufgabe wäre die Zusammenarbeit mit dem KiTa-Elternbeirat von großem Wert. Die Ergebnisse werden wichtige Leitlinien und Prioritätensetzungen für den KIS ergeben.</p>	<p>Meine Erfahrung ist, dass Irritationen immer dann entstehen, wenn die bestehenden Möglichkeiten aus den verschiedensten Gründen nicht ausgeschöpft werden. Da werde ich im Dialog mit allen Betroffenen ansetzen und darauf hinwirken, dass das Instrument der Mitbestimmung und Beteiligung umfassend genutzt und ausgeschöpft wird. Ergeben sich dann immer noch Defizite, werde ich mich aktiv für deren Abstellung einsetzen. Die Unterstützung des KiTa-Elternbeirates ist für mich selbstverständlich.</p>